

# UTE VOGT

## INFORMIERT

Nr. 6

SPD

Juni 2019

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Genossinnen und Genossen,

die mediale Welt trifft nicht immer die Wirklichkeit - und beeinflusst sie doch. In der praktischen Zusammenarbeit läuft die Große Koalition derzeit vergleichsweise unaufgeregt. Es gibt historische Erfolge, wie den Durchbruch beim Zuwanderungsgesetz und zugleich schmerzhaft Kompromisse, wie den, dass die Länder die Abschiebehaft vorübergehend auch in Strafvollzugsanstalten durchführen können. Wir ringen um die Ausgestaltung der Grundrente, die Entlastung von Betriebsrenten und Direktversicherungen. Olaf Scholz schafft mit dem französischen Finanzminister Bruno Le Maire einen entscheidenden Schritt zur Konzernbesteuerung. Der Entwurf für das Klimaschutzgesetz ist in der Ressortabstimmung, die Pflegereform geht voran und der Gesetzentwurf zur Abschaffung des Solidaritätszuschlags ist in Arbeit. Das und noch vieles mehr an Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag wird Schritt für Schritt abgearbeitet. Versprochen - gehalten!

Medial beherrscht keines dieser Themen die Schlagzeilen. Dagegen liefert die Spekulation über das kommende, nahende oder doch noch etwas weiter in der Ferne liegende Ende der GroKo den Stoff für unendlich viele Artikel. „Lasst uns doch einfach in Ruhe arbeiten!“ möchte ich rufen. Kümmert euch um handfeste Inhalte und nicht um Mutmaßungen. Denn die praktischen Verbesserungen werden zumeist gerne hin-, aber nicht wahrgenommen. Bei den Wahlen punkten nicht die konkreten Erfolge, sondern die schönen Versprechen und die Hoffnung auf eine heilere Welt - wie schon zu Kanzler Kohls Zeiten die blühenden Landschaften...

Die Partner der Großen Koalition lassen bei den Europawahlen gewaltig Federn und stürzen sich auf ihr jeweiliges Führungspersonal. Dabei gelingt es uns, mit dem Rückzug von Andrea Nahles die Schlagzeilen zu beherrschen und die Streitereien in CDU/CSU ein weiteres Mal durch unsere Selbstbespiegelung zu überdecken.

Ich finde, es war überflüssig und falsch, dass Andrea diese Vorsitzendenwahl überhaupt angesetzt hat. Zumal wir am Abend vorher noch einig waren, dass wir jetzt keine Personaldebatten brauchen. Es kam anders und Andrea hat ihre Konsequenzen gezogen. Hut ab vor dieser Entscheidung und vor ihrer Klarheit. Im Ergebnis verschafft uns das Luft. Nur jetzt nicht schon wieder ewige Selbstfindung. Die Sozialdemokratie wird gebraucht. Für eine Sozialpolitik, die Menschen immer wieder eine Chance gibt, für eine Steuerpolitik, die Normalverdiener entlastet und Spitzenverdiener mehr fordert. Für eine ökologische Industriepolitik, die Arbeit sichert und Zukunftstechnologie als Instrument dazu nutzt. Für den konsequenten Ersatz der fossilen Stoffe durch erneuerbare Energie. Wir können das und waren in diesen Themen schon mal weiter. Also nicht verzetteln - und frei nach Willy Brandt auf unsere Kraft besinnen und die richtigen Antworten klar und eindeutig geben und gemeinsam vertreten.

Herzliche Grüße

### Schon mal vormerken! Die nächsten bundespolitischen Stammtische:

Merkt Euch die nächsten Termine bereits vor! Am Mi., 17. Juli, in Degerloch, um 18 Uhr. Ort folgt. Am Mo., dem 22. Juli, 18 Uhr, ist dann ein Stammtisch in den Oberen Neckarvororten. Ort folgt ebenfalls. Zu beidem folgt noch eine Extra-Einladung. Wie immer freue ich mich auf den regen Austausch rund um die aktuellen Themen, die uns bewegen.



Nach ihrem BOGY-Praktikum im Stuttgarter Wahlkreisbüro im Sommer 2018 hat Lara Joyce beim Programm Jugend und Parlament des Deutschen Bundestages mitgemacht. Was sie dort alles erlebt und dazugelernt hat, kann in ihrem Bericht [hier](#) nachgelesen werden.

## Bürger\*innenanliegen

Das beherrschende Thema war unser Migrationspaket. Begrüßt wurde das Fachkräfteeinwanderungsgesetz. Kritik gab es am Geordnete-Rückkehr-Gesetz.

Durch die Bewegung „Fridays for Future“ wurde das Thema Klimaschutz wieder zentral. Unser Ziel ist es, dass der Klimaschutz auch zu mehr Beschäftigung, mehr sozialer Gerechtigkeit und mehr Lebensqualität führt.

Auch interessierten sich die Stuttgarterinnen und Stuttgarter für die Konzepte zur Organ spende. Ich habe mich für das Konzept von Karl Lauterbach und Jens Spahn entschieden, für den doppelten Widerspruch.

Auch zur Grund- und Betriebsrente und zur möglichen Impfpflicht erreichten mich E-Mails.

## Für mehr Gerechtigkeit durch eine internationale Mindeststeuer!

Beim Treffen der G20-Finanzminister Anfang Juni haben sich 129 Staaten auf ein gemeinsames Vorhaben geeinigt: [Eine internationale Mindestbesteuerung](#). Die Initiative kam von Olaf Scholz und dem französischen Finanzminister Bruno Le Maire. Die Mindestbesteuerung soll für eine faire internationale Steuerregelung sorgen. Unternehmen können bislang u.a. durch Tochtergesellschaften hohe Gewinne in Ländern mit einem niedrigen Steuersatz erwirtschaften, ohne diese im Hauptsitz-Land zu versteuern. Das sorgt für einen ungerechten und verzerrten Markt. Damit diese Praxis künftig verhindert wird, soll bis 2020 ein Konzept für eine Mindestbesteuerung erarbeitet werden. Das bedeutet nicht, dass alle Staaten dann den gleichen Steuersatz haben; es bedeutet, dass sich die Staaten auf ein Minimum einigen. Sollte also ein Unternehmen beispielsweise Gewinne in einem Land erwirtschaftet haben, in dem der reguläre Steuersatz sechs Prozent unter dem gemeinsam vereinbarten Mindeststeuersatz liegt, wird es dem Staat - in dem das Unternehmen seinen Hauptsitz hat - ermöglicht, zusätzlich zu besteuern. Das verringert den Anreiz, Steuern zu senken und Gewinne in Steuerparadiese zu verlagern.

## Vorstandsforderungen zur „Konzertierten Aktion Pflege“

Diesen Freitag haben sich die geschäftsführenden Vorstände von CDU/CSU und SPD zusammengesetzt und gemeinsam u.a. die „Konzertierte Aktion Pflege“ weiter ausgearbeitet. Bereits Anfang Mai haben Jens Spahn, Franziska Giffey und Hubertus Heil ihre Ergebnisse vorgelegt und beschlossen, dass künftig Pflegekräfte eine angemessen hohe Bezahlung erhalten, mehr Ausbildungsplätze und bessere Ausbildungsbedingungen und neue Studienmöglichkeiten im Pflegebereich geschaffen werden. Damit haben wir bereits einen großen Forderungskatalog ins Rollen gebracht. Unsere Vorstände haben sich nun auf folgende Forderungen geeinigt, die schnellstmöglich umgesetzt werden sollen: Das Gesetz zur besseren Bezahlung für Pflegepersonal soll zügig ins Kabinett zur Abstimmung eingebracht werden; das Digitale-Versorgung-Gesetz soll noch in diesem Jahr kommen und die Pflegekräfte von unnötiger Bürokratie entlasten; der Strategieprozess für mehr Entscheidungsbefugnisse für Pflegekräfte soll nach der Sommerpause in die Wege geleitet werden. Wir brauchen auch in der Pflege ausländische Fachkräfte. Hierfür muss die „Zentrale Servicestelle für die Berufsanerkennung“ möglichst schnell aufgebaut werden. Nähere Infos gibt es im [Beschlusspapier](#).

